

Die „Freiheit“ erscheint täglich dreimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat April 25.— M., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 32.— M. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unter Einzelband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Rheinlandgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens 60.— M., für das übrige Ausland 87.— M.

Die abgegriffene Hauptzeitschrift oder deren Raum kostet 12.— M. einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M., einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 5.— M., netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 00—153 00

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Zum Kapitel der Schulfreiheit

Die Debatte über die Schulnovelle im Plenum des Reichstags, sowie die Diskussion über den gleichen Gegenstand im Reichstagsausschuss für Bildungspolitik haben klar erwiesen, daß die reine Verweltlichung des Schulwesens von seinen Anfängen bis zu seiner Höhe Stufe und Vertretung zunächst in der Unabhängigen Sozialdemokratie hat. Alle anderen Parteien stimmten ohne Zögern und geschlossen den Antrag der U.S.P. auf allgemeine Einführung der Schulfreiheit nieder. Auch die Rechtssozialdemokraten, die ihre besten Leute in den Ausschuss delegiert haben, machten leider keine Ausnahme. Die Kommunisten fehlten. — Eine glänzende Isolierung für uns; allein, viel Feind' viel Ehr'. Jedenfalls liegt nicht die geringste Ursache zur Entmutigung vor. Ganz im Gegenteil, da alles für die konsequente Verweltlichung des gesamten riesigen Schulgebietes, und zwar in allen seinen Teilen, gebieterisch spricht; jedoch nichts Schwerwiegendes dagegen aufkommen kann.

Man bedenke: Jede Religion, jede Konfession ist prinzipiell intolerant, und zwar wegen ihrer Ausschließlichkeit. Wenn man der Schulfreiheit ungerichterweise Unzulänglichkeit, grobe Intoleranz vorwirft usw., so ist zu bedenken, daß diese Schulart wahre Parität und wohlverstandene Toleranz als Element hat. Sie beachtet die wirtschaftlichen Realitäten; sie zwingt die wirtschaftlich Schwachen nicht in ein Bekenntnis hinein, dem sie innerlich fremd gegenüberstehen, ja, das sie verabscheuen. Dabei fällt auch die Intoleranz des religiösen Zwanges gegenüber den Unmündigen, die nicht die geringste Vorstellung von einem komplizierten dogmatischen Bekenntnis haben. Es ist nicht die Aufgabe der Schule, den jungen Menschen ein unverstandenes Bekenntnis anzudrücken, sie zu einem religiösen Bekenntnis zu zwingen. Wenn sie sich später persönlich für das eine oder andere entscheiden, so ist dazu immer noch Zeit genug vorhanden. Das konfessionelle, wie das weltanschauliche Bekenntnis gehören deshalb grundsätzlich unter keinen Umständen in einen ordentlichen Schulbetrieb, der auf der Höhe ist.

Es ist zweifellos, daß die Religions- und Konfessionskunde der Einheit der Schule, der Einheitlichkeit des Lebens diametral entgegenstehen. Die Bekenntnisschule trägt die Zerrissenheit, die Parteilichkeit, den Fanatismus in sich selbst, sowie in weitere Kreise hinein. In der Schule selbst ist ein gewisser Dualismus unvermeidlich unter solchen Umständen. Auf der einen Seite religiöser, uneingeschränkter, fanatischer Wunderglaube; auf der anderen Seite stehen die naturwissenschaftlichen Disziplinen mit ihrer unerschütterlichen Gesetzmäßigkeit der inneren Anschauung, mit der Selbstverständlichkeit, daß sie „des Glaubens liebste Kind“, das Wunder, auszuweisen haben. Vor solchem Zwiespalt kann das Kind nur geschützt werden durch die weltliche Schule. Sie gibt die höchste Möglichkeit freier, erziehungswissenschaftlicher Einwirkung. Sie ist also der geeignetste Boden, alle Schüler einheitlich dem Schulideal zu nähern.

Es ist eine völlig unbewiesene Hypothese, ja, man darf sagen ein Stück krassen, pharisäischen Dogmatismus, wenn in bezug auf das Moralproblem behauptet wird, daß die Religions- bzw. Konfessionskunde allein die wahre Moral in sich schließt, während die verweltlichte Schule sie ausschließt. Die religiöse und konfessionelle Moral arbeitet mit sehr drastischen Mitteln: Mit göttlichem Zwang, mit Strafen in Zeit und Ewigkeit, mit himmlischem Köder aller Art. Demgegenüber steht die weltliche, die natürliche, die autonome Moral. Sie beruht auf Freiwilligkeit, auf sozialem Gemeinsein, auf Vernunft. So, im Sinne des kategorischen Imperativs eines Emanuel Kant, haben sie die besten geistigen Selbsten der Menschheit der alten und neuen Zeit aufgefäht.

Es ist ein unhaltbares, mittelalterliches Vorurteil, die Schule als ein religiös-konfessionelles Anhängsel der Kirche aufzufassen, was heute noch im allgemeinen ist. Nichtig ist vielmehr, daß sie völlig selbständig dazustehen hat, daß in jahrhundertlangem Kampfe die einzelnen Wissenszweige, wie die Philosophie, die Naturwissenschaften, das geschichtliche und humanistische Wissen, ja das künstlerische Können und Schaffen usw. sich von der Bevormundung durch Religion, Konfession, Theologie und Kirche, langsam, aber sicher und revolutionär befreit haben. So ist es nun auch selbstverständlich und unvermeidlich, daß in der modernen Zeit die Pädagogik als Wissenschaft wie auch das gesamte Schulwesen ihre Befreiung um jeden Preis erringen

Die Konferenz in Genua

Rakowski über das Londoner Memorandum

Sonderbericht des „Jutel“.

Genua, 14. April.

Das Mitglied der russischen Delegation, Rakowski, präzisierte heute nachmittag in einer Unterredung die Stellungnahme der russischen Delegation zu dem Londoner Memorandum folgendermaßen:

Zunächst ist zu bemerken, daß das Londoner Memorandum kein offizieller Akt ist, sondern nur die Meinung von Experten wiedergibt. Soviel wir wissen, hat sich bisher keine Regierung ausdrücklich mit diesem Memorandum identifiziert. Aber die erste Bemerkung, die ich machen muß, ist: Wenn der Gesichtspunkt des Memorandums auf der Konferenz durchdringen würde, so würde dies nicht zu einem Wiederaufbau Europas führen, sondern eine Periode unendlicher Konflikte und neuen Elends heraufbeschwören. Der Verlust der Selbständigkeit Rußlands würde 150 Millionen Russen und anderer auf dem Gebiete Rußlands lebender Völker dazu zwingen, nur noch für die Abschüttelung der russischen Schulden zu leben. Rußland hat nicht die Blockade gebrochen, um jetzt eine neue auf sich zu nehmen. Wir sind nicht nach Genua gekommen, um uns hier erdrücken zu lassen. Worin besteht das ganze Projekt? Der Kernpunkt des Memorandums ist, daß die russische Regierung vollständig entrechtet werden soll. Es ist wahr, daß wir Konzessionen machen müssen und wollen. Die Konzessionen aber, die das Londoner Memorandum verlangt, können wir nicht machen, ohne uns selbst und die Zukunft des russischen Volkes preiszugeben. Ich hoffe, daß die Konferenz von Genua nicht gänzlich mißlingen wird. Wenn dieses Memorandum aber durchdringen sollte, so wird sie aber mißlingen.

Die Aussichten für eine Auslandsanleihe

(G.) Paris, 15. April.

Der Berichterstatter des „Petit Parisien“ in Genua erklärt, daß die Haltung der deutschen Abordnung in der Reparationsfrage bisher korrekt gewesen sei. Allen anderslautenden Gerüchten zuwider hätten sich die deutschen Vertreter, Dr. Hermes einbezogen, jeder auch nur indirekten Anspielung auf das Reparationsproblem enthalten. In deutschen Kreisen der Konferenz werde versichert, daß sich diese Haltung nicht ändern werde. Die Ursache für diese Politik sei darin zu suchen, daß Deutschlands Finanzlage so kritisch sei, daß Deutschland um jeden Preis eine internationale Anleihe erlangen müsse, um auf zwei bis drei Jahre von den Reparationszahlungen befreit zu sein. Eine solche Anleihe sei aber nur im Einvernehmen mit der Reparationskommission erhältlich; deshalb erklären die Deutschen, daß sie sich mit der Reparationskommission und nicht mit der Konferenz von Genua über die Anleihe verständigen wollten. Gleichzeitig fügten die deutschen Vertreter hinzu, daß die Antwort an die Reparationskommission nicht als das letzte Wort angesehen werden solle, sondern daß die

müssen; das mittelalterliche Gängelband auf dem schulpolitischen Gebiete muß je früher je besser zerissen werden.

Weshalb ist die Reaktion bestrebt, den Religionsunterricht in der Schule um jeden Preis, ja unter Androhung eines neuen Kulturkampfes aufrecht zu erhalten? Das geschieht, weil es sich dabei um die politische Seite der Sache handelt, weil es sich in der Beibehaltung des Religions- und Konfessionsunterrichts um die Aufrechterhaltung eines Machtinstruments der herrschenden Klassen handelt. In seinem „Sächsischen Staatsrecht“ geht von Römer darauf ein, indem er sagt:

„Der Religionsunterricht ist eine der wichtigsten Polizeieinrichtungen für die Sicherheit des jetzigen Staates.“

Gewissermaßen kommentierend, bemerkt der Wiener Universitätsprofessor Anton Wenger:

„Vielleicht die wichtigste Polizeibekämpfung in den meisten europäischen Ländern ist die „sittlich-religiöse“ Volksschule. Sie verteidigt die herrschenden Machtverhältnisse.“

Eine dritte Autorität von der ganzen sittlichen Wucht eines Leo Tolstoi unterstreicht den gleichen Gedanken in dem Wort:

„Regierung und führende Klassen brauchen die religiös-konfessionelle Lüge; sie stützen ihre Macht, indem sie durch den entsprechenden Unterricht das größte Verbrechen am Kinde begehen.“

Deutschen in der Mehrzahl der Punkte den Wünschen der Reparationskommission Genugtuung leisten wollten. Namentlich würden sie die verlangte Garantie geben und würden sich auch zu Steuererhöhungen entschließen, wenn man ihnen die auswärtige Anleihe bewillige. — Der Berichterstatter dröhete, daß die Belgier Delacroix und Dr. Bergmann zahlreiche Besprechungen mit neutralen, insbesondere Schweizer Bankiers, abhielten, aber die eigentliche Besprechung über die internationale Anleihe werde nicht in Genua, sondern in Paris geführt werden. Man wolle einstweilen nur eine bescheidene Kreditoperation vornehmen, die etwa durch die deutschen Zölle garantiert würde. Der Bericht des Sachverständigenkomitees, das sich mit der Ausgabe der internationalen Anleihe zu beschäftigen hat, wird demnächst der Reparationskommission vorgelegt werden.

Der Berichterstatter des „New York Herald“ in Genua weiß zu melden, daß der Franzose Teudoux gestern abend mit Dr. Bergmann gesprochen habe und daß man in der Reparationsfrage zu einem Einvernehmen gelangt sei. Im französischen Hauptquartier erklärt man, daß man sich einer Erörterung der Ausgabe einer internationalen Anleihe nicht widersetzen wolle. Zwar sei die Konferenz dafür nicht zuständig, doch würden die Franzosen keine Einwendungen erheben, falls Anregungen zu dieser Anleihe zustande kommen sollten. Die deutschen Vertreter wünschen, daß der von ihnen aufgestellte Grundsatz, die schwachen Völker könnten das Gleichgewicht in ihrem Haushalt nur herstellen, wenn ihre fremden Zahlungen vermindert würden, durchdringen möge. Nämlich die Konferenz diesen Grundsatz an, so könnte Deutschland der Reparationskommission entgegenhalten, daß ganz Europa der jetzt geübten Reparationspolitik widerstrebe.

Die Entscheidung über das Londoner Memorandum verlag

Sonderbericht des „Jutel“.

Genua, 14. April.

Der Zusammentritt der Unterkommission der politischen Kommission, in der die russische Delegation ihre Stellungnahme zu dem Londoner Memorandum präzisieren sollte, ist auf Wunsch der Russen, die erklärten, das Memorandum noch genauer studieren zu wollen, verlagert worden. Das Datum der neuen Sitzung ist noch nicht festgelegt.

Eine Ministerbesprechung

Sonderbericht des „Jutel“.

Genua, 14. April.

Heute vormittag versammelten sich in der Villa d'Alberti, dem Wohnsitz Lord Georges, die Minister Barthou, Schanzer, de Rocca, Ferner Tschitscherin, Litwinoff und Krasin zu einer Besprechung des Londoner Memorandums unter dem Vorsitz Lord Georges. Man mißt dieser Beratung der Minister die größte Bedeutung bei. Ob diese erste Zusammenkunft der Minister bereits zu einem praktischen Ergebnis geführt hat, steht noch nicht fest. Jedenfalls hat aber die Sitzung sich bis in die späten Abendstunden hingezogen.

Aus diesen und manchen anderen ausschlaggebenden Gründen muß die Religion und was mit ihr zusammenhängt, aus der Schule heraus, denn sie ist zu Werkzeug egoistischer, ja nichtswürdiger politischer Bestrebungen. Ausschlaggebend für die herrschende Klasse ist ja nicht die Sorge um das zeitliche und ewige Heil der Schüler, sondern die erbärmliche Angst um den Verlust höchst irdischer Güter; kurz, ausschlaggebend sind heute dabei gemeinster Egoismus und kapitalistische Raff- und Beutegier als schmutzige Triebfedern.

Der Ausschluß der Religion ist sehr wohl möglich, wenn man von dem Grundsatz ausgeht, daß die Religion reichsgesetzlich ausschließlich Privatsache von Personen und Vereinen sein soll. Eine Sache, womit das Reich von allen seinen Beziehungen zu Kirche, Religion und Konfession staatsrechtlich ebenso getrennt wäre, wie die Kirche, Religion oder Konfession mit allen ihren Ansprüchen vom Reich und speziell von seinen Schuleinrichtungen restlos getrennt sein und bleiben müßten. Nach dieser Richtung tut eine gewaltige tiefgreifende Massenaufklärung not.

Dabei müssen wir uns vergegenwärtigen, daß wir nicht nur der restlosen Schulfreiheit bedürfen für die Gesamtschule, sondern auch ihrer vollen Einheitlichkeit, sowie der großzügig durchgeführten U n e n t

gelmäßigkeit in der Erziehung von der Krippe und dem Kindergarten bis zur Ober- und Hochschule. Das Ziel ist die harmonische Erziehung von Geist und Leib zur höchsten Stufe, zur Sonnenhöhe der Menschheit auf der Grundlage der Methode des Arbeitsunterrichts.

Wir haben zu erkennen, daß der Kampf um die Schulreform, sowie der Kampf der wissenschaftlichen Pädagogik gegen die widrige Bevormundung durch die Theologie ein episodisches Stück des Klassenkampfes ist. Wir wissen, daß in dem Augenblick, in dem das Proletariat seine Widersacher, Bourgeoisie und Kapitalismus, politisch und ökonomisch zu Boden geworfen hat, auch die Möglichkeit gegeben ist, die im Zeitalter des Mehrwertes fehlt, das Schulproblem endgültig und im höchsten Sinne kulturfördernd zu lösen.

Das verdienstvolle Wirken

Reichswehrminister Dr. Gehler widmet im Heeresverordnungsblatt dem verstorbenen General v. Falkenhayn einen Nachruf, in dem es heißt, das verdienstvolle Wirken Falkenhayns als Kriegsminister und als Heerführer würde im alten wie im neuen Heere unvergessen bleiben.

Herr Dr. Gehler bringt damit zum Ausdruck, daß der alte verderbliche Geist in ihm und in dem neuen Heere fortlebt. Falkenhayn hat sowohl als Kriegsminister wie auch als Heerführer eine höchst unheilvolle Tätigkeit entfaltet. Als Kriegsminister trat er für das Betrüben ein. Gerade vor dem Kriege kam alljährlich eine neue Militärvorlage. Dieses Rufen, das weiter nichts als die planmäßige Vorbereitung zum Kriege war, hat zur Verschärfung des Konflikts wesentlich beigetragen. Es wurde auf diese Weise Zündstoff über Zündstoff angeschüft. Freilich, das kapitalistische Bürgertum ist mitschuldig, denn seine Vertreter im Reichstage haben der Kriegslüsterne, militärischen Clique die Mittel für die Rüstungen bewilligt. Falkenhayn war es auch, der in den letzten Tagen vor dem Kriege zusammen mit anderen maßgebenden Militaristen auf eine rasche Entscheidung drängte. Sie kam auch und die furchterlichen Folgen kennen wir. Dann erinnern wir an das entsetzliche Morden vor Verdun, das unter der Leitung Falkenhayns geschah.

Von einem „verdienstvollen Wirken“ kann keine Rede sein. Im Gegenteil! Jenes „Wirken“ hat uns das Elend gebracht, in dem wir uns heute befinden. Falkenhayn war im alten militärischen Geiste erzogen. Er glaubte, über die Probleme der Völker müßte mit dem Schwerte entschieden werden. Von diesem alten Geist muß die Menschheit befreit werden. Daß Herr Dr. Gehler von ihm nicht abrückt, sondern sich im Gegenteil zu ihm bekennt, zeigt, wie das Bürgertum auch heute noch hängt am Militarismus.

Der Vampyr Stinnes

Trotz der feierlichen Erklärung Erzbergers bei den Steuerberatungen im Jahre 1919, daß nach der Durchführung der von ihm eingebrachten Steuervorlagen niemand in Deutschland mehr als 172 000 M. Einkommen haben und daß das übrige Einkommen restlos weggesteuert werde, hat der schlaue Fuchs Hugo Stinnes dennoch Mittel und Wege gefunden, sich aus dem ihm verbleibenden 172 000 M. Jahreseinkommen so viel auf die hohe Kante zu legen, daß er nicht nur eine Reihe Industrieunternehmen in Deutschland aufkaufen, sich eine große Flotte beschaffen und obendrein in Italien, der Tschechoslowakei usw. ganze Konzerne erwerben konnte, sondern auch die öffentliche Meinung in Deutschland mit derselben erwerben konnte. Fast

in jedem der Länder, die die deutsche Republik bilden, ist Stinnes Besitzer von Zeitungen, die seine Politik vertreten, die die öffentliche Meinung beeinflussen und korrumpieren und den Stinnesgeist in jeder erdenklichen Form in die Hirne der Volksmassen einzutragen versuchen. Aber wie der Industriegehaltige Stinnes nicht nur deutsche und ausländische Industrieunternehmen an sich reißt, so geht sein Streben auch dahin, neben Stinnes-Zeitungen in Deutschland auch solche im Ausland zu veröffentlichen. So wird jetzt der „Jutel“ aus Budapest gemeldet, daß die im Verlage der Elbmühl-W.G. erscheinenden drei Zeitungen „Das Extrablatt“, die „Wiener Mittagszeitung“ und die „Wiener Allgemeine Zeitung“ an die Berliner „Alla“, die zu den Stinnes-Unternehmen gehört, übergegangen ist.

Zuspitzung des Konfliktes

Abbruch der Verhandlungen in der englischen Metallindustrie

(Jutel.) London, 15. April.

Die Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Vertretern der 47 Verbände der Metallindustrie wurden gestern früh nach einer zehntägigen Konferenz abgebrochen. Der Abbruch erfolgte, weil die Diskussion über die Definition des Begriffes Mitbestimmung zu keiner Einigung führte, da die Unternehmer auf ihrem Standpunkt beharren, in ihren Betrieben nach Belieben schalten und walten zu wollen. Die ausgesperrten Arbeitnehmer haben diese Forderung der Unternehmer, die Arbeitsbedingungen in ihren Betrieben allein zu bestimmen, nicht angenommen, zumal diese Forderungen den Charakter eines Ultimatums trugen. Der Unternehmerverband hat für die nächsten Tage eine Versammlung einberufen, um darüber zu beraten, ob die aufgegebene Aussperrung in Kraft treten soll. Eine Versammlung des nationalen Arbeiterrates wurde für morgen einberufen. Sonntag werden die Vertreter der Exekutivkomitees aller von der Aussperrung betroffenen Verbände zu einer gemeinsamen Konferenz zusammentreten. Es ist außerdem wahrscheinlich, daß ein außerordentlicher Kongress der Trade-Union in den nächsten Tagen zusammentreten wird, um zu der neu geschaffenen Lage Stellung zu nehmen und die notwendigen Maßnahmen für den Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern zu bestimmen. Die Vertreter der 47 Verbände haben heute in einer Erklärung ihre Antwort an die Unternehmer begründet und erklärt, daß sie trotz alledem nicht abgeneigt seien, die Verhandlungen auf abgeänderter Grundlage wieder aufzunehmen. Die Vertreter der Arbeiterschaft sind sogar so weit gegangen, zu erklären, daß sie zunächst die Forderungen der Arbeitnehmer annehmen würden, daß die Bedingungen aber nach einer gründlichen Diskussion geändert werden müßten. Der Präsident des Unternehmerverbandes, Allan Smith, hat dieses Anerbieten jedoch abgelehnt.

Bei der Mitbestimmung handelt es sich um die Frage der Ueberstunden. Die Unternehmer wollen ganz nach ihrem Ermessen die Arbeiter zu Ueberstunden zwingen, wohingegen die Metallarbeiter erklären, daß sie nur in gewissen Ausnahmefällen, über die die Organisation zu befinden hat, Ueberstunden leisten wollen, nicht aber ganz allgemein. Mit Recht verweisen die ausgesperrten Arbeiter auf die große Zahl Arbeitsloser in ihrem Beruf, die noch erhöht werden würde, wenn die in Arbeit Stehenden zu Ueberstunden gezwungen werden sollten, für die eine Notwendigkeit nicht vorliegt.

Die Straße im Morgengrauen — müde und übermüdet, ohne Fröhlichkeit, ohne Erwartung, gehen die Menschen daran, in erschöpfender Mühe ihr Brot zu gewinnen. Die kleinen, blassen Mädchen drängen sich in die Stidluft des „Metro“ (der Untergrundbahn), um nur so rasch als möglich in die Fron zu kommen. Unter den Arkaden der Rue de Rivoli, der Rue de la Paix, der Rue Royale (Pariser Straßennamen) hasten „die von der großen Mode“. Ihre Kleidung zeigt rührendes Bemühen um den Schein äußerer Wohlhablichkeit. Aber die zierlichen Schuhe sind aus Karton, der Hut aus irgendeinem sadenscheinigen Resten zusammengesetzt, die modisch gearbeiteten Stoffe gewöhnlich und ungefüge. Grau hängt der Himmel über den Glenden, die Straße bewirkt sie mit Schmutz und häßlichen Worten. Und trotzdem lebt in ihnen irgendwie ein fränkischer innerer Friede, Selbstsicherheit des Talents, das aus Vorkommen glaubt. Die Stickerinnen, die Blumen- und Federarbeiterinnen des Quartiers St. Denis sind ebenso auf häßlichen Putz bedacht wie ihre Kameradinnen. Aber ihr Geschick ist weniger sicher, der Einsatz weniger eigenartig. Sie alle, hübsche, häßliche, alte, junge, kluge, törichte ziehen an uns vorüber, in Bildern, wie sie nur in ungeheurer Menschenliebe, vereint mit tiefem, distanzierendem Scharfblick zeichnen kann. Simone Bodève ist ganz unbewußt Künstlerin. Natürlich erwacht ihr „Stil“ aus der mittelidigen Beobachtung gequälter Menschheit, und je weniger sie nach einer Form zu streben scheint, um so lebendiger erblüht diese aus der einzig zeugenden Quelle des Wirklichen.

Diese knappen Schilderungen wollen ein für allemal dem unsinnigen Vorurteil ein Ende machen, daß, genährt durch eine grenzenlos flache und unwesentliche Literatur, die französische Frau durchwegs als frivol, genußsüchtig, treulos und arbeitsscheu darstellt. Es wäre kindlich, leugnen zu wollen, daß es Frauen dieser Art in Frankreich, wie in anderen Ländern auch, gibt. Aber nicht sie bestimmen den Gang des Lebens und das französische Wesen, sondern diejenigen, mit denen sich die Literatur wenig befaßt hat, die im Stillen unermüdlich Schaffenden, die Mutter, die Hausfrau, vor allem die Arbeitsgefährtin des Mannes. Die Frau des französischen Kaufmannes ist nicht bloß Patgeberin — in Wahrheit leitet sie oft das Geschäft, in dem der Gatte nur Ausführender ist. Simone Bodève zeigt uns das Leben der Arbeiterin, die mit geringsten Mitteln haushalten, Kinder aufziehen, dem Manne genügen muß. Der dürftige

Frankreich gegen Abrißungsverhandlungen

Paris, 15. April.

Eine Havasnote, die gestern abend ausgegeben wurde, bestätigt, was der „Temps“ gestern über die Stellungnahme der französischen Regierung mitgeteilt hat, falls die Entwaffnungsfrage in Genua aufgeworfen wird. Die Note sagt, der Kabinettsrat habe einstimmig die Entscheidung, die er früher getroffen habe, aufrechterhalten. Wenn demnach die Entwaffnungsfrage in Genua zur Sprache komme, würde Frankreich ihre Ueberweisung an den Völkerbund verlangen, der seit einigen Tagen mit der Frage beschäftigt sei. Werde dem nicht Folge gegeben, so werde die französische Delegation nicht an einer Debatte teilnehmen, deren Gegenstand vom Programm der Konferenz ausgeschlossen sei. Die französische Delegation sei dagegen bereit, sich an allen Aussprachen finanzieller und wirtschaftlicher Art, die auf der Tagesordnung der Konferenz ständen, mit Vorschlägen zu beteiligen. Das „Devoir“ nennt diese Mitteilung eine Bestätigung seiner gestern wiedergegebenen Meldung, denn es werde dadurch festgestellt, daß die französische Delegation Genua nicht verlassen würde, selbst wenn dort die Entwaffnungs- und Reparationsfrage zur Verhandlung gestellt würden.

Das brodelnde Irland

Nach Meldungen aus Dublin haben in der Nacht zum Freitag 300 republikanische Soldaten den Gerichtspalast von Dublin besetzt. Dieses Gebäude war während des Ofteraufstandes von 1916 der Sitz der Aufständischen. Ein Hotel in der Nähe des Gerichtspalastes ist ebenfalls besetzt worden. Der Führer der Befehlshaberabteilung erklärte, dieser Gewaltstreik sei nicht als das Vorspiel eines Staatsstreiches anzusehen, sondern entspreche nur dem Wunsch der Republikaner, ein Hauptquartier zu besitzen. Die Konferenz von de Valera und Collins dauerte bis spät nachts. Ein Uebereinkommen wurde nicht erzielt; die beiden Staatsmänner werden sich aber am nächsten Mittwoch zu einer Besprechung zusammensetzen.

London, 15. April.

Die Truppe, die das Dubliner Gerichtsgebäude besetzt, gehört dem aufrührerischen Teile der irischen republikanischen Armee an. Sie hatte sich durch Vist Eingang verschafft und begann dann sogleich, das Gebäude in Verteidigungszustand zu setzen und sich mit Möbeln zu verbarrikadieren. Gestern requirierte die Truppe große Mengen Brot und Fleisch. In Dublin herrscht große Verstärkung; es wird bekanntgegeben, daß die englischen Behörden und die Armee des Freistaates ihre Vorsichtsmaßnahmen treffen. Die englischen Truppen müssen in den Kasernen bleiben.

Schwere Explosionskatastrophe

Düsseldorf, 15. April.

Auf dem Phoenix-Werke explodierte ein Acetylengasbehälter. Bis heute früh waren 13 zum Teil schwer verletzte Arbeiter geborgen worden, von denen drei oder vier so schwer verletzt sind, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Das Gebäude, in dem sich der Behälter befand, wurde zerstört. Der Betrieb der Werke kann weitergeführt werden. Hunderte von Fenster Scheiben der in der Kölner Straße gelegenen Häuser wurden durch den Luftdruck zertrümmert.

Gerichtliches Nachspiel zu den oberhessischen Unruhen. In dem Prozeß wegen der Sprengung der Eisenbahnstrecke zwischen Schweidnitz und Königszelt bei Station Bunzelwitz am dritten Osterfesttag 1921 verurteilte das Schwurgericht Haude und Kaufmann als Urheber des Attentats zu acht Jahren, Niesel und Welny als Ausführende bei der Sprengung zu fünf Jahren Zuchthaus. Weiter wurden verurteilt zwei Angeklagte zu je fünf Jahren Zuchthaus und zwei Angeklagte zu sechs Monaten Gefängnis. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Eine französische Dichterin der Arbeit

Von Dr. Anna Rukbaum (Wien).

Simone Bodève ist in deutschen Ländern wenig oder gar nicht bekannt. Selbst ein Proletarierkind, hat sie uns, früh dahingegangen, vier Werke hinterlassen, die das Leben der arbeitenden französischen Frau zum Vorwurf haben und die, bisher leider nur französisch, im Pariser Verlag von Ollendorff erschienen sind.

In der gehaltenen Vorrede zu ihrem Buche „Celles qui travaillent“ („Die Arbeitenden“) hebt Romanin Holland das Eigenartige dieser Erscheinung hervor, die die literarische Kunstform kaum beachtend, inbrünstig die Wahrheit sucht, nichts als diese wiedergeben will. Unbarmherzig, ohne jede Sentimentalität dringt sie bis in das Tiefste der Volksseele, die die ihrige ist. Enthüllt sie Leides, weil sie muß, findet Schönheit nur in vollster Aufrichtigkeit.

In ihrem Roman „Clo“ schildert sie uns die Erlebnisse der Arbeiterin mit jener sachlichen Objektivität, wie sie Pierre Hamp und Charles Louis-Philippe eigen ist. Die kleine Clotilde, ein frühliges, leidenschaftliches Kind, die Vertraute ihrer Mutter, lernt in erster Jugend Not und Elend, die beängstigenden Nümmernisse des Tages kennen, erfährt vom ersten Atemzug an die Tragik des Familienlebens. Der Vater — ein Trunkenbold, auf dessen Tod man wie auf alleinige Erlösung wartet — die scheltende Mutter — Sorge um den zärtlich geliebten jüngeren Bruder, die gefährlichen Einflüsterungen allzu wissender Gesährtinnen — dies alles gibt ihr jene traurige Reife, jene gelassene Trostlosigkeit, mit der das Kind des Volkes das Leben durchschaut. Die Clo dem trüben Hause entflieht, sich aus eigener Kraft mühseliges Dasein erkauft, ihr Kind opfert, um sich den Geliebten zu erhalten, der sie dann doch verläßt — wie sie mit dem wunderbar-flaren Verstand der Französin sich keineswegs überwinden gibt, sondern in freier Arbeit zu gänzlicher Freiheit emporkingt — das ist lebendig und warm gesehen, empfunden und geschrieben.

Weniger unmittelbar wirkt „Son Mari“ (Ihr Gatte), die etwas zu verschlungene Seelenanalyse einer Ehe aus dem Kleinbürgerstande. Von hohem menschlichen und dichterischem Werte aber sind „Celles qui travaillent“ und besonders „La petite Voite“ (Die kleine Votte), die in Kürze in deutscher Uebersetzung erscheint.

„Die Arbeitenden“ ist eine Sammlung kurzer Skizzen aus dem Alltag von Paris.

es ihr verargen, wenn sie, müde und alt vor der Zeit, dem Heim keine Sonne zu geben vermag? Eines der rührendsten Kapitel ist dem Kinde gewidmet. Armes, kleines, ungewolltes Dasein! Ueberall stört es, ist im Wege, bis es endlich der kalten Schule überliefert wird, die es so früh zu schwerer Arbeit entläßt. Versuchung kommt und hat leichtes Spiel. Wie herzerweichend sind die Studien über das junge Mädchen „aus guter Familie“, das trotz — oder wegen seiner — Examina keinen Erwerb findet, die „nervöse“ Telephonistin, die alte Arbeiterin, die in einem langen Leben keinen Sparspennig für letzte Ruhezeit zurückerlegte konnte!

Ein trauriges Buch in seiner leidenschaftlichen Sachlichkeit. Aber vielleicht doch aufsteigende Mahnung zur Umgestaltung einer verbrecherischen Weltordnung.

Die zarte Seele der kleinen Votte ist ihrem Schicksal nicht gewachsen. Dem Streit zwischen Vater und Mutter, einem schändlichen Erlebnis, das die Halbwüchsige fast zerbricht, entflieht sie in die Fremde. Niemand als sich selbst will sie ihr Leben zu danken haben. Keine Arbeit läßt sie unversucht — hungert und friert — würde im Wirbel wohl untergehen, fände sie nicht, wie durch ein holdes Wunder, einen gleichgesinnten Freund. Es ist eine unendlich zarte, verhaltene Liebesgeschichte, die uns Simone Bodève da erzählt, und wüsten wir nicht schon, daß sie eine Dichterin ist, wir würden es jetzt beglückt erfahren. Henri führt die kleine Votte in seine Studien, sein Leben ein, vertraut sie dem Schutze seiner alten Erzieherin an. Eratmend, schwerer Gefährdung entronnen, fängt das Kind an, ruhiger zu werden, sicherer und bewußter. Schon ist sie seliger Erfüllung nahe — aber die Erinnerung an früherer Schmach drückt sie zu Boden. Sie wagt nicht zu gehen — kann schweigend nicht weiter leben und tötet sich am Vorabend ihres Hochzeittages.

Neben der blumenhaften Votte beschwört Simone Bodève eine Reihe von Gestalten herauf, die ein starkes Bild vom Volke geben, „dem die Arbeit Augen und Muskeln verleiht, die Jugend verschlingt, Blut und Geisteskraft aussaugt, den Rücken beugt, — aber niemals die Seele.“

Schülerführungen durch Betriebe. Wir haben in unserer Abendausgabe vom 3. April die Besichtigungsreise der Unterprima von der Oberrealschule Jellendorf anerkennend besprochen und dabei den Wunsch geäußert, daß die Jugend die Industrie vom sozialen Produktionsstandpunkt aus kennenlernt. Der Leiter dieser Besichtigungsreise, Studienrat Dr. John, schreibt uns dazu:

Für Nationalitätentoleranz in Polen

Eine offizielle Einladung zum Gründungskongress der Unabhängigen Sozialistischen Partei Polens hatte dem Genossen Ledebour Anlaß zu einer Zuschrift gegeben, die auf dem Kongress in Krakau unter großem Beifall verlesen wurde. In dieser Zuschrift behandelt Genosse Ledebour neben der internationalen Solidarität des Proletariats vor allem die sehr aktuelle Frage der Nationalitätentoleranz in Polen. Aus diesem Grunde ist die Zuschrift von allgemeiner politischer Bedeutung, und wir geben sie daher hier nach Fortlassung der Einleitung wörtlich wieder. Genosse Ledebour schreibt:

„Ich brauche nicht zu versichern, daß wir Vertreter des revolutionären Sozialismus mit großer Freude und Genugung es begrüßen, wenn in anderen Ländern die großen Gedanken, die uns bewegen, in aufblühenden Bruderparteien ebenfalls zur Geltung und Wirksamkeit kommen. Wir hoffen deshalb, daß es Ihrer Partei beschieden sein wird, in Polen den revolutionären Sozialismus gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, insbesondere gegen die reaktionären imperialistischen Gefühle erfolgreich zur Geltung zu bringen.

Dabei tritt gleich auf Eurem Gründungskongress die Aufgabe an Euch heran, auch die internationale Gemeinsamkeit des kämpfenden Proletariats in allen Ländern, und damit die in Fluß gekommene große internationale Vereinigungsbewegung zu fördern, und zu unterstützen. Es ist Euch ja bekannt, daß auf die Initiative der „Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien“ hin, eine allgemeine Weltkonferenz aller internationalen Gruppen und Richtungen geplant wird, um zunächst eine Zusammenarbeit für gemeinsame Aufgaben gegenüber dem Weltkapitalismus und Weltimperialismus in die Wege zu leiten. Wir deutschen unabhängigen Sozialdemokraten hoffen deshalb, Euch auf diesem kommenden Weltkongress, der noch in diesem Frühjahr stattfinden soll, als Teilnehmer und Mitkämpfer an unserer Seite begrüßen zu können.

Darüber hinaus stehen ja aber auch unsere polnischen Genossen in ihrem eigenen Lande den nämlichen ungeheuren Aufgaben gegenüber, die als Folge des kapitalistischen Weltkrieges die Lebensmöglichkeit aller Völker zerrüttet haben. Die Wiederaufbauarbeit betrifft nicht nur die Ententestaaten, nicht nur Deutschland und Oesterreich, die zerstückelter darniederliegen, sie drängt sich auch dem neuerschundenen Polen als dringende Pflicht auf. Und wie wir in unserem Lande, wie die Genossen in der ganzen Welt, werdet auch Ihr in Polen dem darbenenden Volke den Sozialismus als einzige Rettungsmöglichkeit deuten müssen.

Näher eingehen möchte ich bei dieser Gelegenheit nur auf eine Frage, die als Grundbedingung für die Herausbildung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Polen und Deutschland, und damit auch für das polnische und deutsche Proletariat von zwingender Notwendigkeit ist.

In den Vorkriegszeiten entbehrte das polnische Volk eines eigenen Staatskörpers, auf den es bestimmenden Einfluß ausübt. Ueber 100 Jahre lang wurden die Polen durch Fremdherrschaft mißhandelt und unterdrückt. Die Machthaber des Russischen wie des Deutschen Reiches hielten sich für berechtigt, durch allehand Schikanen und Zwangsmittel die Polen, die ihren Gebieten eingegliedert waren, ihrer Sprache zu berauben, um sie zu russifizieren oder zu germanisieren. In Deutschland sind wir Sozialdemokraten mit aller Entschiedenheit gegen diese Unterdrückungsversuche aufgetreten. Es ist Ihnen bekannt, daß während meiner ganzen Tätigkeit im Reichstag ich es mir zur besonderen Aufgabe gestellt habe, die in Deutschland unterdrückten fremdsprachigen Völker, insbesondere die Polen, gegen den Kakatismus, wie man diese wider-

wärtige politische Entartungserscheinung genannt hat, zu verteidigen.

Mittlerweile hat sich das Blatt gewendet. Dem neugegründeten polnischen Staatswesen sind Millionen Deutscher eingereicht worden. Und nun ist leider unter den polnischen Machthabern der Gedanke ausgekommen, daß es im Interesse des polnischen Volkes ihr Recht und ihre Pflicht ist, die deutschen Staatsangehörigen des neuen Polnischen Reiches gleichfalls mit staatlichen Mitteln zur Aufgabe ihrer deutschen Muttersprache und zur Annahme der polnischen Sprache zu nötigen. Es ist das der umgekehrte Kakatismus. Ich darf wohl die Erwartung aussprechen, daß unsere polnischen Genossen das Beispiel, das wir ihnen in der Verteidigung unterdrückter Völker gegeben haben, sich als Vorbild dienen lassen, um in Polen gegen die Unterdrückung der deutschen Sprache und die Drangsalierung polnischer Staatsangehöriger deutscher Zunge den Kampf aufzunehmen.

Der Nationalitätentoleranz läßt sich nur dadurch aus der Welt schaffen, daß in allen Staaten der Grundgedanke der Nationalitätentoleranz, der Sprachenduldung, anerkannt wird. Denn die Auffassung, daß die sprachliche Mehrheit in einem Staate das Recht habe, die sprachlichen Minderheiten durch künstliche Mittel zu entnationalisieren, ist ebenso verderblich, wie es leinerzeit während der europäischen Religionskriege der Grundgedanke war: „Cujus regio, ejus religio.“ (Wessen das Gebiet, dessen die Religion.) Von diesem Grundgedanke ausgehend, haben die katholischen Herrscher ihren Untertanen die katholische Religion aufzuzwingen gesucht. Die Folge waren unablässige völkervernichtende Kriege, bis schließlich sich in Europa, wenigstens in seinen zivilisierten Staaten der Grundgedanke der Gleichberechtigung der Religionen durchsetzte.

In unserer nationalistischen Zeit suchen die Machthaber dem Grundgedanke Geltung zu verschaffen: „Cujus regio, ejus lingua.“ (Wessen das Gebiet, dessen die Sprache). So war es in der Vorkriegszeit, so fängt es jetzt an in dem neugegründeten Polen und da fühle ich mich als Vorkämpfer des Grundgedankes der Nationalitätentoleranz berechtigt, unseren polnischen Freunden es dringend ans Herz zu legen, daß sie in ihrem Lande die deutschen und anderssprachigen Minderheiten gegen kakatistische Entnationalisierungsversuche zu schützen suchen. Damit werden sie im Geiste des internationalen Sozialismus sich betätigen, denn noch auf dem internationalen Kongress in Kopenhagen 1910 hat damals einstimmig die Vertreterschaft des Proletariats aller Sprachen auf ein von mir gehaltenes Referat hin sich für die Betätigung der Sprachentoleranz ausgesprochen. Gerade das polnische Volk, das in früherer Zeit als Krieger der Nationen unter der barbarischen nationalen Unterdrückungspolitik am meisten zu leiden hatte, hat die schöne Aufgabe, nunmehr allen Völkern der Welt mit dem leuchtenden Beispiel der Sprachentoleranz, die Gleichberechtigung aller Sprachen, besonders in Schule und Erziehung, anerkennend voranzugehen.

Nur von dem polnischen Proletariat aber kann eine erfolgreiche Betätigung in diesem Sinne erwartet werden, da die kapitalistischen Parteien, wie die Erfahrung aller Länder es lehrt, überall die sprachliche Unterdrückung als Hilfsmittel der Zersplitterung des Proletariats und zur Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden Massen auszunutzen versuchen. Der Kampf für die Sprachentoleranz ist deshalb auch ein Teil des allgemeinen proletarischen Klassenkampfes.

Indem ich unseren polnischen Freunden in allen Problemen, die sie anzugreifen haben, vollen Erfolg wünsche, rufe ich ihnen zu: „Auf Wiedersehen bei gemeinsamer Arbeit auf dem kommenden Weltkongress des internationalen Proletariats!“

Dieses vom Genossen Ledebour im Auftrage und in Uebereinstimmung mit unserer Parteileitung an den Gründungskongress der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Polens übersandte Begrüßungsschreiben hat den

modernen Darbietungen, die expressionistisch und futuristisch sich gebärden. Der junge Leiter der Truppe Jean Börlin hat viele recht gute Ideen, aber nichts kommt so heraus, daß es wirklich künstlerisch genannt werden kann. Das Ballett „Die Spielzeugschachtel“, mit sehr guten Kostümen dargestellt, verdient in jeder Beziehung volles Lob. So aber hätte man allenfalls an einer Wägenladung Freude und sonst nur am guten Willen aller Mitwirkenden und an den reizenden Keuschheiten des Ganzen, vielleicht auch an der guten Spitzentechnik der Ballettinnen.

Eine Musikersgilde. Die Januarangabe des „Musicians Journal“ enthält einen sehr interessanten Bericht über die Gründung einer Musikersgilde, dem wir folgende Ausführungen entnehmen:

„Die Gilde verfolgt das Ziel, den Musiker zu seinem eigenen Arbeitgeber zu machen, indem sie trachtet, alle Musiker und Musikfreunde zwecks Finanzierung und Durchführung des Musikerberufs zu vereinigen. Auf diese Weise sollen alle ausgeglichen werden, die sich nur mit diesen Dingen befassen, um Geld zu verdienen.

Sie soll als Bindeglied zwischen allen jenen bilden, die auf dem Gebiete der Musik beschäftigt sind.

Sie soll den Lebensstandard der Musiker des Landes verbessern, für bessere Bezahlung und bessere Qualität des Dargebotenen eintreten.

Die Musikersgilde ist eine gesetzliche Körperschaft und auf Grund ihrer Statuten ermächtigt, die Durchführung aller Veranlassungen auf dem Gebiete der Musik zu übernehmen. Der Musikersbund selbst kann nicht Veranlassungen auf eigene Rechnung organisieren usw., denn das Gesetz gestattet es nicht, daß eine Gesellschaft ein Geschäft betreibt. Seine Mitglieder können deshalb nicht als eine Körperschaft etwas auf diesem Gebiete übernehmen. Dies ist den gleichen Leuten jedoch möglich als Mitglied der Musikersgilde. Kurz gesagt, die Gilde verleiht einer Gewerkschaft positive Kraft. Sie ist nicht länger in einer bloß abwehrnden Stellung. Eine Gewerkschaft kann nur mit dem Unternehmer unterhandeln. Eine Gilde tritt an die Stelle des Unternehmers.

Die Musikersgilde entspricht den gesetzlichen Anforderungen. Sie hat 7 Mitglieder, die die Vereinigung gründeten, und einen Sekretär.“

In der Volkshalle (Theater am Ballaoplaß), sind bei der Aufführung von Gipsparade „Der Traum ein Leben“, am Donnerstag, die wichtigsten Rollen wie folgt besetzt: Walfisch — Guido Gressfeld, Witzig — Charlotte Gausendorn, Nulken — Ferdinand Steinböfer, Banga — Ferdinand Kiper, der König — Sultan Ismet, Sultane — Mary Petrol, der Mann vom Felde — Heinz Kiper, der alte Kales — Hans Gulben, ein altes Weib — Johanna Rothbauer, Karlson — T. C. Zimmermann, Regie: Richard Neve, Bühnenbilder und Kostüme nach Entwürfen von Hans Straßbach, Musik: Wolfgang Keller.

Merger Dabzinski, des Führers der polnischen Rechtssozialisten, erregt. In einem dem Genossen Ledebour übersandten Schreiben, das bereits die Runde durch die gesamte polnische Presse gemacht hat und durch entsprechende Kommentare noch besonders unterstrichen worden ist, wirft dieser dem Genossen Ledebour nicht nur Forderung und Begünstigung der polnischen „Querulanten“ in der Arbeiterbewegung vor, sondern er hält auch den Hinweis für notwendig, daß „Polen nun aufgehört habe, eine Kolonie fremder Staaten zu sein.“ Ganz offenbar bezieht sich dieser Satz auf jenen Abschnitt des Ledebour-Briefes, der den Genossen von der neuen Unabhängigen Partei nabelegt, gegenüber den in die polnischen Landesgrenzen einbezogenen deutschsprachigen Volksteilen dieselbe Nationalitätentoleranz zu üben, welche die deutsche Sozialdemokratie im allgemeinen und Genosse Ledebour im besonderen in der deutschen Monarchie auch für die polnisch sprechenden Volksteile gefordert hatte. Sollte der polnische „Sozialist“ Dabzinski ein solches Verlangen als eine Brüstung und eine unbedachte Einmischung in polnische Verhältnisse empfinden? Wenn der oben zitierte Passus seines Briefes so gedeutet werden soll — und anders kann er nicht gedeutet werden — dann würde die polnische, längst in engem Nationalismus verfaulene Sozialdemokratische Partei nur in einem noch bedenklicheren Licht als bisher erscheinen und ungewollt eine Rechtfertigung mehr für den ohne unser Zutun erfolgten Schritt jener polnischen Genossen geben, denen Dabzinski „Querulanten“ zum Vorwurf macht.

Groß-Berlin

Zurückgewiesene Verleumdung

Vom Gen. Stadtrat Rud. Schlichting wird uns geschrieben:

„Die Zeit“, das Organ der Deutschen Volkspartei, bringt in der Nr. 179 vom 12. April 1922 einen Artikel unter der Überschrift: „Schlichtungen mit Wohnungen“, worin es u. a. heißt:

„Wir erlauben uns die bescheidene Anfrage: Ist es ein Versehen, daß Herr Stadtrat Schlichting sehr schnell, obwohl er eine Villa am Drosselstieg 20 in Karlsdorf bewohnt, eine komfortable Wohnung im Westen zugewiesen erhalten hat?“

Soviel Worte, soviel Unwahrheiten. Ich habe weder einen Antrag auf Zuweisung einer komfortablen Wohnung im Westen gestellt, noch eine solche zugewiesen erhalten. Die angegebene Villa, die ich in Karlsdorf besitze, besteht aus einer sehr bescheidenen Stedlungswohnung in einem Reichenkause.

Der Zweck der Meldung ist zu durchsichtig. Es soll wieder einmal nachgewiesen werden, wie ein sozialistischer Stadtrat sein Amt zur Erzielung persönlicher Vorteile ausnützt. Auf eine lausliche Fäße mehr oder weniger kommt es dabei nicht an. Da in der Notiz meine genaue Adresse angegeben ist, kann die Redaktion mit einer Ausrede, daß es sich um einen Irrtum handelt, nicht kommen. Pfui Teufel!

Das Fest der silbernen Hochzeit feiert heute der Genosse Franz Hagel, Putzmeister, 20, welcher sich während seiner 20jährigen Parteimitgliedschaft den Ruf besonderer Tüchtigkeit erworben hat.

Der erste Sommertag. Der gestrige Karfreitag brachte überraschenderweise in den Nachmittagsstunden ein Steigen der Quecksilbersäule bis 25 Grad Celsius und somit den ersten Sommertag dieses Jahres. Bedächtigend war trotz der hohen Barometrie das Gedränge auf den Vorortbahnen — gute Aussichten für die zukünftigen schönen Tage.

In der Städtischen Handelsschule in Charlottenburg beginnen Mitte April Sprachkurse in Russisch und Spanisch für Anfänger und für Fortgeschrittene. Anmeldungen werden in der Geschäftsstelle Wallstraße 75 von 8—1 Uhr vorm. und von 6—8 Uhr nachm. entgegengenommen.

Vorsicht bei Geschäftskäufen und Wohnungsveränderungen. Vom Wohnungsamt geht und folgende Warnung zu: „Nach täglich kommt es vor, daß Leute umziehen, mit ihrer Wohnung tauschen oder Geschäfte mit oder ohne Wohnung kaufen und dafür oft hohe Beiträge ausgeben. Das geschieht vielfach ohne Zustimmung des Wohnungsamts. Nachdem der Umzug erfolgt oder die Kaufsumme bereits gezahlt ist, wird die Sache beim Wohnungsamt bekannt, der gekaufte Antrag wird annulliert und der Angekogene wieder ausgewiesen. Dann kommen die Geschäftigen zum Wohnungsamt und erklären, der Verkäufer resp. der Kaufpartner hätte behauptet, es sei alles in Ordnung, das Wohnungsamt sei einverstanden, im übrigen hätte der Verkäufer auf die Wohnung verzichtet, sie seien doch unzufrieden, verließen jetzt ihr Geld, hätten den teuren Umzug bezahlt und derartlichen mehr. Es sei deshalb wiederholt darauf hinzuweisen, daß jeder Wohnungstausch, Umzug, Geschäftsaufkauf oder Verkauf wie jede Wohnungsangelegenheit — selbst der Bezug in Untermiete — der vorherigen Zustimmung des Wohnungsamtes oder, falls mehrere mehrere Wohnungsämter in Frage kommen, der Zustimmung und Genehmigung aller dieser Wohnungsämter bedarf. Das Wohnungsamt warnt dringend davor, bis zur völligen Friedigung der Angelegenheit selbständige Handlungen vorzunehmen. Das ist die einzige Maßnahme, um sich vor Schäden zu bewahren. Wer diese Mahnungen unbeachtet läßt, hat sich selbst die Folgen zuzuschreiben.“

Fredericus Rex in Reutlin und Berlin D. Dieser able nationallistische Film wird nun sogar in Arbeitervierteln gegeben, nachdem sich der schwarz-weiß-rote Pöbel des Westens bei der Vorstellung die Kehle heiser geschrien hat. Sache der Kinobesucher ist es, Jenem zu läden, nachdem die Filmprüfstelle sozialistische Filme abgelehnt oder „verbessert“ hat. Ab heute soll der Film in folgenden Schauspieltheatern der Arbeiterviertel gegeben werden: Rudol. Lichtspiele, Reutlin, Kottbuser Damm 92, Exzellenzlichtspiele, Reutlin, Bergstraße 136, S. B. Stern, Anseledstraße 113, Sterntheater, Hofenheide, ferner Victoria-theater, Frankfurter Allee 48, ab Freitag, den 21. April, Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99.

Tödlicher Automobilunfall. Gestern nachmittags fuhr das Privatauto IA 14 412, geführt von dem 36 Jahre alten Oberingenieur Johann Singer aus der Proger Straße 4, an der Kreuzung der Geisberg-, Knobloch- und Neuen Knoblochstraße gegen die Nordstraße mit solcher Gewalt, daß der Wagen sich überstürzte und Singer sowie der neben ihm sitzende, 29 Jahre alte Kaufmann Kurt Mannheim aus der Martin-Luther-Straße auf das Pflaster geschleudert wurden. Singer war unverletzt, während Mannheim sehr schwere Verletzungen davongetragen hat. Er wurde nach dem Krankenhaus geschafft, wo der Arzt nur noch den eingetretenen Tod feststellen konnte.

Der eine Zweck der Reise war Vertiefung des chemischen Unterrichtes, denn nicht der einfache bequeme Reagenzglasversuch, und nicht die schönen bunten Tafeln zeigen, wie es in der Wirklichkeit hergeht, nur die Praxis kann die lebendige Anschauung vermitteln.

Der andere Zweck waren die großen Produktionsgestichtspunkte, nämlich daß die Schlüsselindustrien durch natürliche Ursachen bedingt sind, daß nur auf dieser Urproduktion eine vielverzweigte Veredelungsindustrie fußen kann, daß keine der Industrien für sich allein existieren kann, sondern daß sie vielfältig miteinander verflochten sind, die eine die andere bedingend.

Der dritte Zweck war der soziale Zweck. Die Schüler — nur zum allerkleinsten Teile Kapitalistensöhne — sollten einmal selbst sehen, unter welchen Bedingungen der Arbeiter in diesen Industrien schafft, und daß es doch wesentlich bequemer ist, auf der Schulbank zu sitzen, als vorm glühenden Ofen oder tiefen Schacht zu arbeiten. Ich glaube bestimmt, daß von den vielerlei sozialen Eindrücken und Erwägungen unserer Reise viel haften geblieben ist, und diese in der Erinnerung selbst nicht mehr zurück, als die für uns ältere Leute selbstverständliche Tatsache, für die Jugend aber außerordentlich überraschende Entdeckung, daß die Arbeiterschaft des roten Herzens von Deutschland, sich als freundlich, hilfsbereit und gefällig auch den Berliner Bourgeoisöhnen gegenüber entpuppte, so würde mir auch das noch genügen, denn damit wäre doch immerhin eine, wenn auch nur kleine, Bresche gelegt, in die Mauer von Vorurteilen; und ich glaube die Arbeiterschaft in den von uns besuchten Betrieben hat sehen können, daß meine Schüler bescheidene, nur sehr müssendürftige junge Leute sind; was ich aus dem gleichen Grunde begrüßen würde.“

Derr Dr. John teilt uns ferner mit, daß viele Betriebe die Beschäftigung nicht erhalten, weil sie Schwierigkeiten bei der Belegung hätten. Wir wissen nicht, ob diese Furcht begründet oder nur ein Vorwand ist, aber wir glauben, daß auch die Arbeiter ein Interesse daran haben, wenn solche Betriebsbeschäftigungen stattfinden, und daß es zu den Aufgaben der Betriebsräte gehört, die Forderungen zu unterstützen und sich womöglich an der Leitung selbst aufklären zu beteiligen.

Das Schwedische Ballett ist im Grunde nur interessant, weil man in ihm ein Stück Schweden verkörpert sieht, weniger durch die Kunst, die dieses Ballett bietet, denn die ist leider ziemlich belanglos, sondern mehr durch die Natur der Menschen, die agieren und etwas ausdrücken wollen. Da sieht man diese strammen jungenhaften Burtschen und diese wunderhübschen Mädchen mit den Sonnenhaaren und den blonden Häschen und all der angeborenen nordischen Reuechheit, — man sieht sie am besten in einfachen Divertissements tanzen und am schlechtesten in gepreisten sogenannten

Elternbeiratswahlen. Der Vorstand des „Bundes entschiedener Schulreformer“, Bezirksverband Groß-Berlin, fordert seine Mitglieder auf, sich bei den bevorstehenden Elternbeiratswahlen an jeder Schule für die kulturpolitisch fortschrittlichste Vertreterschaft entschieden einzusetzen, damit schulfreundliche Elternkreise in den Elternbeiräten ausschlaggebenden Einfluss gewinnen. Da, wo die kulturpolitischen Gegenstände nur in Gestalt parteipolitischer Listen auftreten, ist es erforderlich, daß die entschiedenen Schulreformer ihre Kraft einsetzen gegen den Ansturm von Orthodoxie, Chauvinismus und Monarchismus, für die Listen der Linksparteien, da diese gemäß ihren Programmen und durch die Logik des Kampfes genötigt sind, wenigstens für die Befreiung alter Vorrechte und für die Sozialisierung des Bildungswesens einzutreten.

In der Notwehr erschossen. Der Schlächtermeister Emil Wabke aus der Bolliner Straße 68 wurde gestern von seiner Geliebten, der 19 Jahre alten Erna Wischniewski, im Verlaufe eines Streites mit einem Küchenmesser erschossen. Aus geringfügigem Anlaß kam es zwischen den beiden zu einem Streite. Dabei warf Wabke seiner Freundin eine Tasse mit heißem Tee an den Kopf. Schließlich fiel er über sie her und schlug sie. Die Wischniewski konnte unter den Händen des Peinigers gerade ein Küchenmesser ergreifen. Damit suchte sie sich seiner zu erwehren. Sie traf Wabke in unglücklicher Weise, daß die Schlagader durchschnitten wurde. Ohne einen Laut von sich zu geben, sank W. tot zu Boden. Als das Mädchen sah, was es angerichtet hatte, brach es in Schreisträmpfe aus. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt, während die Wischniewski als Polizeigefangene vorläufig nach dem Präsidium gebracht wurde.

Wegen Mordverdacht verhaftet. Ein 23 Jahre alter Kaufmann Felix Janischewski war kürzlich nach Berlin gekommen und hatte kein Unterkommen finden können. In der Zimmerstraße nahm ihn endlich ein alleinlebender Mann bei sich auf, als er ihm erzählte, daß er jetzt Beschäftigung gefunden hätte. Nun war der Tag gekommen, an dem er seinen ersten Lohn angefordert erhalten und damit die erste Rate für Miete und Verpflegung zahlen sollte. Das konnte Janischewski jedoch nicht, da er in Wirklichkeit gar keine Arbeit angenommen hatte. Inzwischen hatte er erfahren, daß der Mann, bei dem er wohnte, über Ersparnisse verfügte. Diese wollte sich Janischewski verschaffen. Als der Mann morgens noch schlief, schlich er sich mit einem Beil an sein Bett und schlug auf den Schlafenden ein. Er streifte jedoch nur den Kopf. Der Ueberfallene sprang aus dem Bett und flüchtete in das Nebenzimmer, wurde aber von Janischewski verfolgt und durch mehrere Beilhiebe zu Boden geschlagen. Als er zusammengebrochen war, ging der Räuber in das Schlafzimmer, um dort nach dem Gelde zu suchen. Der Niedergeschlagene erholte sich aber inzwischen so weit, daß er sich wieder aufrichten konnte. Er besaß die Geistesgegenwart, den Burden in der Schlafstube einzuschließen und alarmierte dann Hausbewohner, die die Polizei benachrichtigten. Diese nahm den Eingeschlossenen fest. Der Ueberfallene liegt noch ziemlich schwer danieder.

Selbstmord eines Hauptmanns. Gestern vormittag wurde der Hauptmann a. D. Dr. Reinhardt in seiner Wohnung in Hermsdorf durch Gas ver Giftet aufgefunden.

Der Leichenfund im Grunewald. Karfreitag Nachmittag wurde die Leiche der Toten von Kriminalkommissaren nochmal eingehend besichtigt. Dabei stellte sich heraus, daß das Gesicht der Toten im Halbe steht. Dieser Befund, sowie die bisherigen Feststellungen lassen ein Verbrechen immer wahrscheinlicher erscheinen. Eine genaue Besichtigung der Kleidungsstücke der Toten zeigte ferner, daß die erste Beschreibung von dem wirklichen Aussehen wesentlich abweicht. Die Kleidungsstücke und Schmuckgegenstände sind im Vorhof des Berliner Polizeipräsidiums ausgestellt, dort kann auch eine Photographie der Toten eingesehen werden.

Der Muttermord in Lichterfelde harri noch der Sühne. Trotz der in großem Umfange eingeleiteten Nachforschungen nach dem schuldigen Mörder ist es noch nicht gelungen, ihn zu ermitteln. Bei der amtlichen Bekanntmachung befindet sich auch diesmal das Bild des Geächteten.

Gewerkschaftliches

Zum Kampf in der süddeutschen Metallindustrie

Eine von Unternehmerseite kommende Nachricht teilt folgendes mit:
Am 12. und 13. April fanden in Heidelberg unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministers Verhandlungen über Beilegung des Wirtschaftskampfes in der gesamten süddeutschen Metallindustrie statt. Obgleich die Schiedssprüche für Bayern, Württemberg und Mannheim eine Anerkennung der 48 stündigen wöchentlichen Arbeitszeit gebracht hätten, gingen die Arbeitgeber in ihrem letzten Vorstoß darauf zurück, daß eine 47 stündige wöchentliche Arbeitszeit sofort und erst vom 1. Juni 1922 ab die 48 stündige wöchentliche Arbeitszeit eingeführt werden solle. Im Zusammenhang damit haben die bayerischen Arbeitgeber eine Rückwirkung der im Schiedsspruch gewährten Lohnerhöhungen auf den 20. Februar und sofortige Aufnahme der Verhandlungen über den Mantelstarif und bei Wiederanbahnung der Arbeit eine neue Lohnerhöhung von 75 Prozent der Höhe des Schiedsspruchs, welche schließlich auf 125 Prozent erhöht wurden, angefordert. Die Arbeitnehmer lehnten aber den Vorstoß der Arbeitgeber ab. Damit sind die Verhandlungen gescheitert.

Betriebsräte, Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Räte!

Da die Neuwahlen zu den Betriebsvertretungen in der Mehrzahl nunmehr vollzogen sein werden, machen wir erneut auf die Einrichtungen der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale aufmerksam, die zur Verfügung der Betriebsvertretungen sowie der Gewerkschaften stehen. Diese sind:
Die Betriebsräteschule, in der Auskunft über den Unterricht, sowie Vorträge erteilt wird, und zwar während der Bürozeit täglich von 9-4 Uhr und außerdem Montags und Freitags von 4-7 Uhr.
Ferner ist das Archiv in seinem Aufbau so weit fortgeschritten, daß die Betriebsvertretungen dort alles sie interessierende Wirtschaftsmaterial erhalten, sowie Auskünfte einholen können, die sie für ihre Mitwirkung an der Betriebsleitung wird nur nach vorheriger Anmeldung Dienstags Nachmittag machen wir auf die arbeitsrechtlichen Sprechstunden aufmerksam, die während unserer Bürozeit von 9-4 Uhr und Montags und Freitags von 4-7 Uhr stattfinden. Hier wird Rat in allen Arbeitsstreitigkeiten erteilt.
Ueber Villenfragen und Fragen aus dem Ausführratzeleg wird nur nach vorheriger Anmeldung Dienstags von 5-6 Uhr in unserem Büro Auskunft erteilt.
Wir hoffen, daß alle Genossen mit mehr recht regen Gebrauch von diesen Einrichtungen machen werden.

Lohnforderungen im Optikergewerbe

Die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Optiker Groß-Berlins tagten Dienstag, den 11., und nahmen einen Bericht über den Gang der Lohnbewegung entgegen. Ein Schreiben des Arbeitgeberverbandes kam zur Verlesung, indem dem Deutschen Metallarbeiterverband die Berechtigung zur Vertretung der Interessen der Optiker in Berlin bekräftigt wurde! Besondere Beachtung fand folgender Passus des Schreibens:
„Auf Grund des verbindlich erklärten Schiedsspruches vom 1. 10. 1921 ist zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer folgende 1. ein in 5 Stufen gestaffeltes Grundgehalt, 2. die gegenseitige Verpflichtung zu diesem Grundgehalt Zuschläge bzw. Abschläge gemäß steigender oder sinkender Indexziffern nach den Ermittlungen des statistischen Reichsamts anzuerkennen. Die Indexziffer betrug im September 1921 1002 und beträgt heute 1989. Demgemäß wäre ein Zuschlag von rund 90 Prozent auf dem schiedsgerichtlichen festgelegten Grundlohn richtig. Der Arbeitgeberverband erkennt aber darüber hinaus, daß infolge der augenblicklichen Preisent-

wicklung die demnächst herauskommende Indexziffer schon wieder überholt sein dürfte. Der Verband hat deshalb beschlossen, über den ziffernmäßig sich ergebenden Sach hinauszuweisen und mit Wirkung ab 1. 4. 1922 auf den Grundlohn 110 Prozent zu zahlen.“
Hierzu wurde bemerkt, daß wahrscheinlich die Arbeitgeber am 11. 10. 1921 einen anderen Schiedsspruch erhalten haben würden, als der Deutsche Metallarbeiterverband, als Vertreter der Arbeitnehmer, denn im vorliegenden Schiedsspruch steht kein Wort von Indexziffern resp. Zuschlägen oder Abschlägen, sondern im Schiedsspruch steht folgender Satz: „Bei wesentlicher Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung vor dem 31. 12. 1921 sollen die Lohnsätze einer Neuregelung unterzogen werden.“
Der Berichterstatter besprach noch das Angebot der Arbeitgeber, das sich zwischen 378 bis zum Höchstmaß von circa 700 M. pro Woche beläuft. Die Arbeitgeber schienen sich dieser niedrigen Löhne nicht bewußt zu sein, und in der darauffolgenden Diskussion wurde dieses Hungerangebot einmütig verworfen. Es wurde sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß, falls die Arbeitnehmer nicht mehr Verständnis ihren Arbeitnehmern gegenüber aufbringen, letztere aus der Not der Zeit heraus dann gezwungen sein werden, sich durch das Kampfmittel des Streiks bessere Arbeitsbedingungen zu erringen.

Kurse für Schichtarbeiter

Für schichtarbeitende Kollegen hat die Betriebsräteschule Kurse eingerichtet, die Dienstags vormittags im Saal 2 des Gewerkschaftshauses vierzehntägig stattfinden. In dem in der Woche nach Ostern stattfindenden Kurs: Der Betriebsrat, seine Bedeutung und seine Aufgaben, können noch neue Kollegen teilnehmen. Nächster Unterrichtsstag: Dienstag, den 18. April, vormittags 10-12 Uhr, Vortragsbeitrag: 5 Mark; für Arbeitslose unentgeltlich. Die Anmeldung kann im Kurse selbst erfolgen.

Landarbeiterstreik in Neuruppin

Die Streikleitung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, Kreis Ruppiner, teilt uns mit:
Im Kreise Ruppiner befinden sich circa 2000 Landarbeiter im Streik. Die Landarbeiter kämpfen um einen Tarifvertrag. Die Arbeitgeber weigern sich hartnäckig, mit dem Deutschen Landarbeiter-Verband einen Tarif abzuschließen. Wir bitten alle Arbeitslosen Berlins, jede Arbeitsaufnahme nach dem Kreise Ruppiner zurückzuweisen.

Musikinstrumentenmacher! Die Branchenversammlung am 20. 4. in den Andreas-Heintzen, Andreasstr. 21, findet nicht um 5 Uhr, sondern um 7 Uhr statt.

Jugendbewegung

Halbesandstraße Nordosten, Treffpunkt zur Wanderung: Sonntag feiert 6.15 Uhr, „Berlin“.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rauch, Berlin; für den Inhalt: Emil Rauch, Berlin; für den Vertrieb: Carl H. H. H., Berlin; für den Druck: Carl H. H. H., Berlin.

In Anniere Zeit

Es ist besonders hervorzuheben, daß die Redaktion für die Redaktion: Carl H. H. H., Berlin; für den Inhalt: Carl H. H. H., Berlin; für den Vertrieb: Carl H. H. H., Berlin; für den Druck: Carl H. H. H., Berlin.

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater
König Lear
7 1/2 Uhr

Neues Volks-Theater
König Lear
7 1/2 Uhr

Heuchler
7 1/2 Uhr

Staats-Theater
Peer Gynt
7 1/2 Uhr

Deutsches Theater
Cyrano von Bergerac
7 1/2 Uhr

Kammerspiele
Die Jungfrau vom Bismarckberg
7 1/2 Uhr

Dantons Tod
7 1/2 Uhr

Königgrätzer Str.
Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler
7 1/2 Uhr

Komödienhaus
Gretchen
7 1/2 Uhr

Berliner Theater
Madame X
7 1/2 Uhr

Casino-Theater
Der neue Schläger
7 1/2 Uhr

Walhalla-Theater
Der Helle aus Afrika
7 1/2 Uhr

Gassthaus zur Liebe
7 1/2 Uhr

Elite-Sänger
10 Personen
Wohlfühl
Kaufpreis
100.-

Metropol-Variété
Schönstraße 34
Der tote Punkt
5 Junctros
Lotte Werkmeister

Altmetalle
Kaufpreis
100.-

Seifensieder
Kaufpreis
100.-

Der Mord an Liebkecht und Luxemburg
Preis 12.- M.

Neue Welt

Arnold Scholz Rosenstraße 103 114

Montag, den 17. April 22,

II. Osterfeiertag

Großes Konzert u. Variété-Vorstellung

Das Riesen-Variété-Programm

15 erstklassige Attraktionen

Vorverkauf ab Freitag den 14. April 22.
Einlaß 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Außerdem **ANFANG** 4 Uhr

Gummi-Damenbinden

Sauger 1 Mk. an Schwämme 3 Mk. Spritzen b1111 g. Dutzend 6.50. 7.50. Gürtel dazu 6 Mk.

Verbandwatte 100 g 5 und 19 Mk

Mullbinden, 6 cm x 5 m 3 Mk. Cambribinden, 7 m x 6 cm 6 Mk. Irrigatorien, Komplett 10 und 15 Mk. Badethermometer 5 Mk. Fleischthermometer 20 Mk. Unterlagen, abwaschbar, für Kinder 3 Mk., für Große 12 Mk. Hautcreme Ia, I und 2.50 Mk. Zahnpasta, 1.57 und 2.50 Mk. Zahnpulver, gr. Karton 3 Mk. Mundwasser, große Flasche 3.50 Mk. Eau de Cologne 50%, Flasche 8 Mk., extrakt, gr. 15 Mk. 1 Liter 60 Mk. Lanolin 50 g 50 Pf. Vaseline 50 Pf. Toilettenseifen 2, 3, 4, 5 Mk. Klopapier, große Rolle 2 und 3 Mk.

A. Maas & Co., Berlin
Markgrafenstr. 84, an der Lindenstraße
9-6 Uhr, Moritzplatz 2672. Gegründet 1890

Für Mieter unentbehrlich.

Reichsmietengesetz

Kommentar

Von Rechtsanwalt Dr. Kurt Boenheim und Dr. Paul Berg, Mitgl. des Reichstages

Preis 10 Mark.

Soeben erschienen! Man bestelle sofort bei der Buchhandlung „Freiheit“ Breitestr. 5-9

Kleiner Anzeigen

Das Überflüssige 2.50 Mk. jeb. weitere Wort im Text 1.25 Mk. netto. Cienenpreise: Überflüssige Wort 2.- jeb. weik. Wort 1.50 Mk.

Verläufe

Nirgendso herter laufen die erfindliche Herrenmaden, wie die... (Text continues with details about clothing and accessories)

Möbel

Gehobene, elegante, moderne... (Text continues with details about furniture)

Das Überflüssige

Das Überflüssige... (Text continues with details about advertising and services)

KARL RADEK

Soeben erschien!

Soeben erschien!

Die Einheitsfront des Proletariats und Die Kommunistische Internationale

Inhalt: 1. Vor Genue: Der Bankrott des Völkerbundes / Der anglo-französische Gegensatz / Der Tanz auf dem deutschen Vulkan / Der Kampf um den Nahen Osten / Die Lage im Fernen Osten / Die politische und wirtschaftliche Bilanz der drei Jahre. — 2. Der Kampf in Genue: Der neue bürgerliche Pazifismus. — 3. Der Abwehrkampf Sowjetrußlands. — 4. Die Einheitsfront des Proletariats.

78 Seiten.

Preis 7.— M. (Organisationsausgabe 3.— M.)

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt durch Verlag Carl Hoyer Nchf. Louis Cahnbley, Hambu 14